

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

4. Woche für die Zeit vom 20. bis 26. Januar 1894.

Posen, 29. Januar 1894.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 16 des Kuryer Poznański
vom 21. Januar 1894:

Eine neue polnische Zeitung.

In der Gazeta Gdanska lesen wir Folgendes:
„In Posen soll mit dem 1. April d. J. ein neues politisches Wochenblatt, unter dem Titel Przegląd poznański erscheinen. Es hat sich bereits ein Komitee gebildet, welches sich mit der Beschaffung der erforderlichen Mittel befassen soll. Bis jetzt sind Antheile in Höhe von 5000 Mark gezeichnet worden, erforderlich sind aber 20000 Mark. Die Antheile werden in Höhe von 200 Mark ausgegeben werden. Das Komitee besteht aus folgenden Herren: Dr. Celichowski-Kurnik, Rechtsanwalt v. Chrzanowski-Posen, Rechtsanwalt Cypicki-Koschmin, Dr. Drobnik-Posen, Dr. Dzierobek-Schrimm, Dr. Holzer-Posen, Dr. Karchowski-Posen, Dr. Krysiwicz-Posen, Rechtsanwalt Rukner-Ostrowo, Dr. v. Plucinski-Lissa, Dr. Stasinski-Konarzewo, Dr. Szuman-St. Lazarus bei Posen, Dr. Tschlaff-Kurnik, Ingenieur Tomicki-Posen, Rechtsanwalt Wyczynski-Strasburg W.-Pr., Fabrikbesitzer Zeyland-Posen.“

Aus Nr. 19 des Dziennik Poznański
vom 25. Januar 1894:

Betrifft die Ansiedelungskommission.

Zu der von den deutschen Blättern gebrachten Nachricht, die Ansiedelungskommission habe von den Reiskner'schen Erben die Rittergüter Ostrowieczno und Radzyn erworben, bemerkt der Dziennik poz. Folgendes:
„Wie wir sehen, hält jetzt die Ansiedelungskommission ihren Einzug in einen vorwiegend polnischen Kreis und ist bestrebt, denselben nicht nur zu verdeutschern, sondern auch zu protestantisiren. Beide Güter werden nämlich unter evangelische Ansiedler parzellirt werden.“
Zu der Bemerkung des Posener Tageblatts, daß dies deshalb geschehen werde, weil der Grundbesitz in jener Gegend sich vorwiegend in polnischen Händen befinde, äußert sich der Kuryer poz. (Nr. 19 vom 25. Januar 1894) folgendermaßen: „der Grund zeugt von einem eigenthümlichen Gerechtigkeitsbegriff. Die Katholiken müssen Geld zusammenschließen, welches zu einer dem Katholicismus feindlichen Propaganda dienen soll.“

Aus Nr. 12 des Kuryer Poznański
vom 17. Januar 1894:

Formeln und Intriguen.

So oft Land- und Reichstag zu gleicher Zeit zusammentreten, werden bei uns von gewisser Seite Vorschläge laut, dahin gehend, daß Land- und Reichstagsfraktion gemeinsame Berathungen abhalten sollten. Die Motive sind so unschuldige, daß jeder in die Intriguen des parlamentarischen Lebens Uneingeweihte

sich sagen muß: „Gewiß, es ist erforderlich, daß die Abgeordneten beider Fraktionen, in sehr wichtigen Angelegenheiten zu gemeinschaftlichen Berathungen zusammentreten, da wir Alle doch das Gute wollen und Landsleute, Brüder sind etc.“

Wir kennen und wissen, was hinter diesen Vorschlägen steckt und lassen alle diese süßen Worte unbeachtet. Auch wir sind nicht grundsätzlich Gegner einer Verständigung, einer gemeinschaftlichen Berathung, eines Gedankenaustausches, ja sogar gemeinsam gefaßter Beschlüsse, doch gebietet es unsere Pflicht als Organ der Oeffentlichkeit diejenigen, welche es angeht, zu warnen, da die Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß sich hinter diesen Sirenenstimmen die Absicht verbirgt, nicht ein an und für sich löbliches Einvernehmen zu erzielen, sondern die, ein Mittel ausfindig zu machen, um den neuen Kurs des Polenthums zu majorisiren und ihn in das einstige Gleis zu leiten. Kein Mittelchen, kein Winkelzug, wie sie vor und während der Wahlen, sowie sogar seitens des Centralkomitees angewandt wurden, versing, um der „Wirthschaft“ der Mehrheit der Reichstagsfraktion ein Ende zu machen; es soll, — wie man hier im Auftrage oder auch in Folge Indiskretion laut spricht, dies Ziel durch gemeinsamen Fraktionsbeschluß erreicht werden.

Der Augenblick ist gut gewählt, die Westpreußen im Land- und Reichstage werden wahrscheinlich erbittert sein, daß der neue Erlass, der völlig fertig in der Mappe des Kultusministers liegt, kein Zugeständniß für sie enthält. Darüber später mehr. Für jetzt geben wir nur der Hoffnung Ausdruck, daß die Achtung gebietende Mehrheit beider Fraktionen sich nicht durch einen übereilten Beschluß, der vielleicht nur von der augenblicklichen, von irgend Jemandem ausgenützten zufälligen Zusammensetzung der beschlußfassenden Versammlung abhängt, von der einmal und zwar nicht ohne Erfolg eingeschlagenen Richtung abdrängen lassen werde — zum Gaudium von Intriguanten, die mittelst der gegenfählichen Politik nichts erreicht haben.

Wir hätten in dieser Angelegenheit nicht das Wort ergriffen, wenn uns nicht der Umstand dazu bewogen hätte, daß der dringende Vorschlag, eine jedesmalige „Verständigung“ beider Fraktionen herbeizuführen, von einer Seite ausgeht, die einestheils die Politik der Reichstagsfraktion bekämpft und andernteils als ränkeschmiedend und arglistig bekannt ist. Solange dieser Einfluß und diese Mächenschaften thätig sind, wird es in unserer Volksgemeinschaft weder Frieden, noch gemeinsames Schaffen noch Vertrauen geben.

Aus Nr. 11 des Wielkopolanin
vom 16. Januar 1894:

Die Volksbank in Schrimm.

Dem neu herausgegebenen Jahresbericht für 1893 entnehmen wir nachstehende Einzelheiten:

1. Der gesammte Umsatz im Jahre 1893 betrug 7 358 277,80 Mk. Die Höhe dieser Summe giebt

einen vollkommenen Begriff von der bedeutenden Entwicklung der Volksbank in Schrimm. Der Reservefonds hatte am Schlusse des Jahres 1892 die Höhe von 78 000 Mk., hierzu kommen vom Reingewinn des Jahres 1893 3 135 Mk., so daß als Reservefonds pro 1894 die Summe von 81 500 Mk. zu übertragen ist. Der besondere Reservefonds für 1893 machte 11 234,60 Mark aus. An Antheilen überkamen auf das Jahr 1893 148 421,65 Mk. Im Jahre 1893 flossen an Antheilen ein 14 630,45 Mk., zusammen machen die Antheile also 163 052,50 Mk. aus. An eingeschriebene Mitglieder wurden im Jahre 1893 17 438,85 Mk. ausgezahlt, so daß auf 1894 145 613,25 zu übertragen sind. Der durchschnittliche Antheil eines jeden Mitgliedes beträgt 144 Mk. Das Depositenkonto gewährt folgendes Bild. Die Genossenschaft trat in das Jahr 1893 mit Depositen in Höhe von 991 092,10 Mk. ein; dazu flossen im Jahre 1893 476 654,10 Mk. = 1 467 746,20 Mk. Ausgezahlt wurden 565 610,60 Mk., es verblieben also 902 135,60 Mk., hierzu kommen nicht abgehobene Zinsen in Höhe von 30 855,80, so daß als Depositenkonto auf das Jahr 1894 932 989,40 Mk. zu übertragen sind. Am Schlusse des Jahres betrug die Anzahl der Depositen 739; das kleinste betrug 1,25 Mk., das höchste 46 033,60 Mk. Deponenten von mehr als 5000 Mk. gab es 27, von 1000 bis 5000 Mk. fast 170, von 500—1000 Mk. 104, von 100—500 Mk. 229, von weniger als 100 Mk. 139. Für die Deposita wurden bei vierteljährlicher Kündigung 4, bei dreitägiger Kündigung 3% gezahlt. Wenn erforderlich, zahlte die Kasse unter entsprechendem Zinseszug die Deposita zu jeder Zeit aus. In der Vereinsbank ließ die Genossenschaft 193 094,35 Mk.; davon wurden 151 383,00 Mk. abgezahlt, so daß die Schuldsomme noch 41 711,34 Mk. ausmacht. Der Bestand an Wechseln aus dem Jahre 1892 betrug 1 328 042 Mk. Im Jahre 1893 wurden gegen 1121 Wechsel 1 569 709,55 Mk. ausgeliehen. Darauf wurden abgezahlt 2 897 751,55. Auf das Jahr 1894 überkamen 1021 Wechsel in Höhe von 1 698 657 Mk. bis 1 199 094,55 Mk. (?) Die höchste gewährte Anleihe betrug 43 000, die niedrigste 10 Mk. Wechsel in Höhe von mehr als 5000 Mk. giebt es 32 Stück, von 1000—5000 Mk. 212, von 500—1000 Mk. 216, von weniger als 500 Mk. 561. Auf Wechsel, die durch Deposita gesichert wurden, wurden 323 Hypotheken als Pfand hinterlegt.

Die Zinsen für die gewährten Anleihen wurden in folgender Weise erhoben: Bei Abzahlungen a conto 5%, ohne Abzahlung 6%, dagegen postnumerando für verfloßene Tage 7%. Eine genaue Tage der gewährten Anleihen, die durch eine Kommission veranstaltet wurde, ergab keinen Wechsel von zweifelhaftem Werth.

An Aktien der Vereinsbank der Erwerbsgenossenschaften (bank związku spółek zarobkowych) besitzt die Genossenschaft 100 Stück im Werthe von 20 000 Mk. Die Verwaltungskosten beliefen sich für das verfloßene Jahr auf 11 625,95 Mk. Die Remuneration für den Vorstand, den Aufsichtsrath, die Kommission, den Buchhalter und den Boten betrug 10 090 Mk., die Ausgaben an Lokalmiethe, Abgaben 958 Mk. Für Drucksachen, Annoncen, Gerichtskosten und Verschiedenes wurden 577,95 Mk. — zusammen 11 625,95 Mk. ausgegeben, was 0,9% des Umsatzkapitals ausmacht.

2. Gewinn- und Verlustkonto.

An Zinsen kamen ein 67 916 Mk. Diese vertheilen sich wie folgt: 1) Den Banken und Deponenten wurden ausbezahlt 13 453,20 Mk., 2) die Verwaltungskosten betrugen 11 625,95 Mk., 3) an Procenten für Deposita wurden gezahlt 30 855,50 Mk., 4) dem eisernen Fonds flossen gemäß § 40 der Statuten 3 135 Mk. zu, macht zusammen 59 069,95 Mk. Zur Verfügung der Generalversammlung verblieben also 8 846,05 Mk.

Allgemeine und statistische Mittheilungen. Zusammensetzung des Vorstandes: Direktor K. Peter Wawrzyniak, gewählt auf unbegrenzte Zeit. Rentant Mikodem Kucharski, gewählt bis 1894. Kontrolleur Wladisl. Antoniewicz, gewählt bis 1895. Zusammensetzung des Aufsichtsraths: Romendzinski Marcell, Vorsitzender bis 1895, Skoraczewski Stanislaus, Vertreter bis 1896. Malinowski Stanislaus bis 1896, Madalinski Ignacy bis 1895, Zwierzchowski Andreas bis 1895, Borowicz Michael bis 1896, Dr. Dzierobek bis 1894, Stepa Val. I. bis 1894, Filipinski Leonhard bis 1894. Zusammensetzung der Revisionskommission: Romendzinski, Skoraczewski, Borowicz. Bankbote ist Alexander Vincent Biernacki.

Mitgliederbestand: Die Bank trat in das Jahr 1893 mit 1038 Mitgliedern ein. Dazu kamen in dem genannten Jahre 79, zusammen 1117 Mitglieder. Es schieden aus 107, so daß zu Beginn des Jahres 1894 die Mitgliederzahl 1010 ausmacht. Davon gehören dem Berufe nach an 1) der Landwirtschaft: a. Gutsbesitzer 37, b. bäuerliche Wirthe 627, c. ohne Grundbesitz (Pächter und Beamte) 24, zusammen 688. 2) dem Gewerbe und Handwerk: a. mit unbeweglichem Besitz 114, b. ohne Besitz 87, zusammen 201. 3) Anderen Berufszweigen: a. mit unbeweglichem Besitz 46, b) ohne Besitz 75 = 121, zusammen 1, 2 und 3 wie oben 1010 Mitglieder.

Das Kassenlokal ist täglich von 9—1 Vor- und von 3—5 Nachmittags geöffnet. Der Aufsichtsrath tritt viermal im Jahre zusammen. Die Revisionskommission revidirte Kasse und Bücher im Vorjahre 54 mal. Neben Wahrnehmung der Kassengeschäfte ertheilt der Vorstand den Mitgliedern Informationen und Rathschläge in allen finanziellen und rechtlichen Angelegenheiten. Vereinsorgan ist statutengemäß der Wielkopolanin. Zum Verbande der Erwerbsgenossenschaften gehört auch die Volksbank in Schrimm und ist letztere auch Aktionärin der erstgenannten Bank.

Aus Nr. 13 des Orendownik vom 18. Januar 1894:

Die Gazeta Torunska schreibt in Beantwortung unserer letzten an sie gerichteten Bemerkung, sie habe nie die höfliche Politik anempfohlen; sie kenne unter uns keine Politik dieser Art und habe stets zur Geduld gemahnt. Das genannte Blatt fährt so dann fort: „Für die Ungeduld und Rundgebungen im Geschmacke des Orendownik giebt es Millionen von Bayonetten, Strafprozesse, Gefängniß und noch so Vielerlei, was den Einzelnen und die Gesamtheit völlig zu Grunde richten könnte.“

Barmherziger Gott! Von Millionen Bayonetten predigt die Gazeta Torunska! Wem sollen sie gelten? Dem Schwarzweißen. (Spitzname des Orendownik. Der Ueberf.) Es ist ein wahres Vergnügen, zu sehen, was unsere Blätter Alles thun, um diesen unsern politischen Mohren, die Hofspartei, weiß zu waschen. Wir würden die Geduld unseres Lesers nicht durch solche Dummheiten auf die Probe setzen, wenn dahinter nicht etwas Ernsteres steckte.

Wir können es noch dazu kommen sehen, daß diese Bekenner der Hofs politik, wenn ihnen das Wasser bis an den Hals reicht, unter das Volk treten und diesem zurufen: „Brüder, lieben wir uns, wehren wir uns!“ sowie sie gegenwärtig nur Worte wie „Lumpenpack, Aufrührer“ für uns haben.

Von der anderen Seite betrachtet, steht zu erwarten, daß sie auch jetzt noch versuchen werden, wenn auch nur mit den letzten Kräften, die Herrschaft über das Volk zu behaupten um in Berlin vorzugehen zu können, daß sie daheim noch etwas zu bedeuten haben.

Mögen also die Führer der Volksbewegung auf der Hut sein und sich durch Nichts betren lassen.

Die Verwirrung, die gegenwärtig innerhalb der Nation herrscht, wird nicht sobald weichen, sondern weiterbrennen und fortglimmen bis zum Erlöschen. Unsere gesammte polnisch nationale Politik wird sich im preussischen Gebiete mit der Zeit auf den häuslichen Herd beschränken, der auch heut ihr einziger Retter ist. Wenn unsere Gesammtheit von der politischen Ueberzeugung erfaßt sein wird, daß Polen nur insoweit existirt, als wir es durch fleißiges Schaffen mit unseren Händen herausarbeiten, daß Polen nur insoweit bestehe, als wir mit wackerer Faust die materielle Existenz unseres häuslichen Herdes sichern; — wenn diese Ueberzeugung kein leerer Schall, sondern eine That sein wird, die den Ausgangspunkt unseres politischen Programms bildet, dann werden wir uns sagen können: „Wir haben festen Boden gewonnen, wir sind gerettet.“

Auch unter dem Adel beginnt diese Erkenntniß bereits aufzudämmern. Im Dziennik Poznański schrieb ein Mitglied desselben: „Hol der Teufel die Politik unserer Abgeordneten, die uns ohne Aufhören mit dem Wiederbeginn des polnischen Unterrichts auf Oestern getrösten. Gern gebe ich eine Kleinigkeit zu diesem Zwecke, wenn mir nur der Scheffel Weizen gut bezahlt wird, daß ich nicht zum Wanderstabe greifen muß.“ Und ein anderer Edelmann schreibt: „Der Henser hole Graf Caprivis Gunst, wenn diese mich materiell zu Grunde richtet. Da war doch Bismarck besser; — der trat uns zwar zu Boden, weckte jedoch damit den nationalen Geist in uns!“

Solche Lieder stimmt jetzt der Adel im Dziennik an! „Als er die Groschen im Beutel nachrechnete und deren nur wenige fand, kam er zu Verstande und begann laut auf die Politik der Hospartei zu schelten. Wenn mehr der Herren zu Verstande gelangt sein werden, so wird man sich ohne Hospolitik begeben, wie sich Mancher nach reiflicher Berechnung ohne Kutschperde behilft. Bis dahin wird jedoch noch viel Wasser die Warthe hinabfließen.“

Aus Nr. 13 des Kuryer Poznański
vom 18. Januar 1894:

Betrifft die Handelsverträge.

Die Birzewija Wiedomosti drückt sich infolge ihrer Wahrnehmung, daß in Deutschland der Widerstand gegen die russischen Handelsverträge im Abnehmen begriffen sei, schließlich folgendermaßen aus: Dieser Umstand berechtigt uns, der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß der russisch-deutsche Handelsvertrag im Reichstage eine weit erheblichere Mehrheit finden werde, als die vor Kurzem bestätigten kleinen Handelsverträge mit Serbien, Rumänien und Spanien.

Auch wir haben vor einigen Tagen dieselbe Ansicht geäußert. Mögen es darum die Landwirthe von Neuem in Erwägung ziehen, ob es sich lohne, sich der Gunst der „Bündler“ zu ergeben, die uns ungewisselhaft im letzten Augenblicke allem Anscheine nach aufs Trockene setzen und auf der „Opposition aus Prinzip“ sitzen lassen werden. Wir warnen davor, haben jedoch nichts dagegen, sobald die nächsten Interessenten eine der unsern entgegengesetzte Ansicht vertreten. Sie haben die Führung und in jedem Falle die Verantwortung.

Soeben sehen wir, wie sogar Graf Kanitz in seiner neuen Brochüre von den Handelsverträgen ankündigt, daß er bezüglich des russischen Handelsvertrages kein grundsätzlicher Gegner der Regierung sei, sobald dieselbe ungeachtet der Vorwürfe der Konservativen in finanzielle Schwierigkeiten gerathen sei.

Er giebt die Möglichkeit zu, daß alle diejenigen, welche für die kleinen Handelsverträge eingetreten sind, jetzt auch bei dem russischen dieselbe Haltung

beobachten werden; möglich sei, „daß die polnische Fraktion, die damals den Ausschlag gab, bei dem russischen Handelsverträge die Heeresfolge verweigern werde.“

Uns dünkt es in Erwägung der Haltung, welche die landwirthschaftliche öffentliche Meinung bei uns eingenommen hat, daß es so kommen wird. Dann werden die Konservativen und das Centrum die erforderliche Zahl von Stimmen abkommandiren, und es wird so auch ohne uns gehen, wenn uns das Bewußtsein unserer ausschlaggebenden Stellung gar so sehr drückend erscheint. Wenn es unser eigener Wille ist, so möge es um unser Ansehen geschehen sein.

Bezüglich desselben Gegenstandes

bemerkt der Kuryer in derselben Nr. an einer anderen Stelle:

„So tragisch nehmen wir die Sache nicht. Die Regierung wird ein Einsehen haben, wenn unsere Abgeordneten gegen die Handelsverträge stimmen, besonders wenn ihr Votum auf zahlreiche Petitionen gestützt ist. Das Bedenken, daß die Abgeordneten, wenn sie anderenfalls für die Verträge eintreten, den Beschimpfungen der Schreihälse ausgesetzt sein würden, wird diese letzteren kalt lassen, da sie wissen, daß sie so wie so nicht auf Dank zu rechnen haben. Wir sind dessen sicher, daß unsere Abgeordneten, selbst wenn sie ihren Wählern eine Steuerherabsetzung um 50 Prozent mit nach Hause brächten, doch mit dem Vorwurfe empfangen würden, warum die anderen 50 Prozent bestehen geblieben seien. Das ist jetzt so an der Mode. Wenn es sich nicht darum handelt, als Abgeordneter thatsächlich im Schweiße des Angesichts zum Wohle des Landes thätig zu sein; wenn es nur darum zu thun war, „Vertrauen“, Lob und Schmeicheleien dabei einzuheimsen, der bleibe besser daheim.“

Aus Nr. 18 des Goniec Wielkopolski
vom 24. Januar 1894:

Versammlung der Vereinsvorsitzenden, Kosciuszkofeier, Gründung eines allgemeinen Wahlkomitees.

Berlin, den 20. Januar 1894.

Auf Grund der Dezemберversammlung der Berliner Vereinsvorsitzenden, in welcher beschlossen worden ist, in Berlin ein Komitee, Berliner Verein zu gründen, fand am 19. d. Mts., die in den Blättern angekündigte Versammlung der Vereinsvertreter statt. Der Einberußer p. Wladislaus Berkan, Vorsitzender des Berliner „polnischen Industrie-Vereins“ eröffnete die Versammlung und ersuchte die Anwesenden, einen Vorsitzenden zu wählen. Durch Zuruf wurde p. Berkan gewählt, welcher den Herrn Andreas Marcinkowski, den Vorsitzenden des „polnisch-katholischen Vereins“ in Berlin zum Schriftführer ernannte. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Bildung des Vereinskomitees. Dasselbe soll sich zusammensetzen:

- a. aus den Vorsitzenden der polnischen Vereine in Berlin. Jeder Verein hat einen Vertreter.
- b. Vertreter der Berliner Vereine sind die Vorsitzenden derselben, deren Vertreter oder auch aus der Mitte der Mitglieder gewählte Delegirte.
- c. Die auswärtigen Vereine können ihre Vertreter im Komitee, entweder in derselben Weise wie die Berliner Vereine oder auch aus der Mitte der Mitglieder gewählte Delegirte anderer polnischer Vereine haben.

Der allgemeine Wirkungskreis des Komitees besteht darin, daß derselbe:

- 1) für die Ausführung der von den zum Komitee gehörenden Vereinen, in ihren Vereinsversammlungen gefassten Beschlüsse Sorge trägt und dieselben nach seinem Ermessen unterstützt;
- 2) für die gegenseitige Benachrichtigung der Vereine und für das gemeinschaftliche Wirken bei der sittlichen und materiellen Hilfeleistung sorgt;
- 3) den Mitgliedern der zum Komitee gehörenden Vereine die Theilnahme an den zur Anwendung gelangenden Preisermäßigungen erleichtert, ihnen bei Beschaffung der Arbeit, sei es außerhalb, sei es innerhalb des eigenen Landes behilflich ist und auf eine möglichst zahlreiche Rückkehr unserer Bevölkerung nach der Heimath Bedacht nimmt;
- 4) für die vortheilhafteste Durchführung der alle Vereine in gleicher Weise berührenden Angelegenheiten, wie z. B. gewisser Festlichkeiten, theatralischer Aufführungen und verschiedener entsprechender Vergnügungen, sowie für die billigste und bequemste Versorgung der Vereine mit Büchern, Zeitschriften und allen erforderlichen Druckfachen Sorge trägt;
- 5) den Vereinen verschiedene, in der Anwendung erprobte Benachrichtigungen, Rathschläge und Fingerzeige zu Theil werden läßt, welche dem Wohle der Vereine, ihren Mitgliedern und deren allgemeinen, gemeinschaftlichen Zwecken dienlich sind; mit einem Wort für jegliches gemeinschaftliche Zusammenwirken behufs Erreichung dieser Ziele sorgt, damit dasselbe möglichst ersprießlich sei.

Dieser Entwurf wurde nach erschöpften Berathungen einstimmig angenommen. Demnächst wurde eine aus sieben Personen bestehende Kommission zwecks Bildung des beschlossenen Vereinskomitees gewählt. Diese Kommission soll, auf Grund des angenommenen Entwurfs, schleunigst die Satzungen, soweit dies zur Zeit möglich ist, entwerfen. Sobald dies geschehen ist, findet zwecks Beschlußfassung über die Satzungen des Komitees und Bildung des letzteren eine Versammlung statt. Der Gedanke der Bildung eines Vereinskomitees findet in den breiten Schichten der Bevölkerung immer mehr Anhänger und Arbeiter zur Verwirklichung desselben. Im Laufe des nächsten Monats wird also ein solches Komitee bestehen. Wir haben die begründete Hoffnung, dasselbe werde seine Aufgaben würdig erfüllen und unseren auswärtigen Vereinen, sowie dem Interesse ihrer Mitglieder und unserer ganzen Gesellschaft bedeutende Vortheile verschaffen.

Zum Schluß beschäftigte sich die Versammlung mit der in der Fremde so oft vorkommenden Ausbeutung sowohl der Vereine, als auch der einzelnen Vereinsmitglieder. Man ist einstimmig darin übereingekommen, daß sittliche und gegebenenfalls auch materielle Hilfe nur solchen Personen ertheilt werde, welche glaubwürdige Empfehlungen und Beweise dafür besitzen, daß sie einer Unterstützung würdig sind.

Unabhängig von der Versammlung der Vereinsvertreter, wurde in Berlin ein Komitee zur Begehung einer gemeinschaftlichen Kosciuszkofeier gebildet! Gleichzeitig wurde beschloffen, möglichst bald eine Versammlung einzuberufen, um in derselben über die sofortige Gründung eines polnischen Zentralwahlkomitees für ganz Deutschland in Posen zu berathen.

Aus Nr. 15 der Gonicz Wielkopolski
vom 20. Januar 1894:

Der preussische Landtag und der deutsche Reichstag.

Unter vorstehender Ueberschrift brachte der Dziennik poz. in seiner Nr. 11 vom 16. d. Mts. (vergl. Nr. 3 des Gesamtüberblicks) einen längeren Artikel, in welchem der Wunsch geäußert wurde, die beiden polnischen politischen Fraktionen in Berlin möchten sich verbinden und gemeinsame Politik betreiben.

Der Kurjer poz. dagegen ist mit diesem Vorschlage nicht einverstanden und erblickt in demselben eine Intrigue bezw. eine Maske, unter welcher man wieder zu dem alten Kurse zurückgelangen will. Der Gonicz bemerkt dazu in seiner heutigen Ausgabe Folgendes: „Sowohl die Landtags- als auch die Reichstagsfraktion müssen auf der Wacht der polnischen Interessen im preussischen Antheil stehen. Beide Fraktionen müssen ihre Thätigkeit auf Proteste stützen, welche die polnischen Abgeordneten zu Händen des Präsidenten niedergelegt haben, als wir zu Unrecht zunächst dem deutschen Bunde (1867) und demnächst dem deutschen Reiche (1871) einverleibt wurden. Die Mitglieder beider Fraktionen mußten von der Rednerbühne aus fortwährend laut erklären, daß die Polen im Jahre 1815 dem preussischen Könige folgenden Eid geleistet haben: (folgt die bekannte Eidesformel), daß ferner im Jahre 1848 die deutsche Nationalversammlung, dank den Bemühungen v. Miegolewski's, erklärte, die Theilung Polens sei eine Schmach für Deutschland und dasselbe müsse für die Wiederherstellung Polens Sorge tragen, sowie endlich, daß die Einverleibung der Polen in den Bund und das Reich Gewaltakte waren und es auch bleiben werden! Auf dieser Unterlage mußten beide Fraktionen arbeiten, dieselbe bildet das gemeinsame Band für sie.

Die polnische Reichstagsfraktion, nicht die ganze, aber die Mehrheit derselben, steht jetzt unter dem Einfluß des Herrn Joseph v. Koscielski. Obwohl einige dieser Herren es bereits bereuen, sich zu der des polnischen Namens unwürdigen Politik haben überreden lassen, so besitzen sie doch nicht so viel Muth, Herrn v. Koscielski zu erklären: Wir haben deinen Zwecken einige Jahre vergebens gedient. Die Probe ist mißlungen. Wir werden zu der alten Politik zurückkehren. Die Mehrheit der Reichstagsfraktion hat unsere Rechte begraben, sie versteht nur zu bitten, sie wird daher niemals etwas erreichen — höchstens Orden.

Die polnische Landtagsfraktion ist ihrer Uebersieferung, der Fahne unserer Rechte, treu geblieben und hat als solche stets ihre Aufgabe ehrenvoll erfüllt. Es besteht daher in dem Verfahren der Landtagsfraktion und der jetzigen Mehrheit der Reichstagsfraktion ein grundsätzlicher Widerspruch. Das gemeinsame, beide polnische Fraktionen umfassende Band müßte die gemeinsame und einheitliche Vertheidigung der Rechte des polnischen Volkes sein. Dieselbe fehlt heute und wird nicht eher vorhanden sein, bis der Einfluß des Herrn v. Koscielski gänzlich vernichtet und die Mehrheit der Reichstagsfraktion noch nachdrücklicher und deutlicher überzeugt sein wird, daß die Preußen uns nichts geben werden, so oft wir bitten werden. Heutzutage schenkt Niemand etwas, jetzt muß man durch Forderungen und durch Widerstand zwingen p. p. Wo bleibt der Erlaß betreffend den polnischen Sprachunterricht? Hat der Kurjer poz. ihn im Portefeuille des Kultusministers gesehen? Welche Vertraulichkeit! Vor einiger Zeit schrieb der Kurjer, die Posener Regierung sollte ihn bereits erhalten haben. Was wäre das für eine Nachlässigkeit in den Regierungsbureaus! Wo sind die Erfolge? Mit Redensarten läßt sich Niemand fangen. Wir sehen keine Erfolge! Wir wissen nur, v. Koscielski hat sich mit Schmach bedeckt, als er am 12. Juni

1892 im Herrenhause erklärte: „Man sollte doch versuchen zwischen uns Allen ein dynastisches Band zu knüpfen. Meine Herren, für dieses Lösungswort sind wir Alle zu haben und wir fahren Alle damit besser. Meine Herren, ich meine, ob ein Preuße deutsch oder polnisch zu Gott betet, ob er auf polnisch oder deutsch seinen König hoch leben läßt, daß sollte gleichgültig sein, so lange er Gott anruft und seinen König verehrt. Das ist also mein Standpunkt in dieser Frage, das ist auch der Standpunkt meiner sämtlichen Landsleute.“

Dies ist ein Verkauf der polnischen Nation. Wer gab dem Herrn das Recht, im Namen der Nation aufzutreten? Der Kuryer fühlt, daß er den Boden unter seinen Füßen verliert. Er schlägt daher Alarm, jedoch vergebens.

Aus Nr. 16 des Dziennik Poznański
vom 21. Januar 1894:

Meißner Porzellan.

Unter obigem Titel wird im deutschen Theater ein Stück gegeben, welches zu den sogenannten „Ferien“ gezählt wird. Zu der Aufführung dieses Theaterstücks werden viele Kinder gebraucht; wie wir erfahren haben, werden dazu meistens polnische Schulkinder verwendet. Dieselben werden eingeübt und dressirt und zwar, wie gesagt wird, mit Wissen des Kreisschulinspektors. Wenn dies auf Wahrheit beruht, so arbeitet die Germanisirungs-Maschine verschieden, trotz des Verbots, Kinder zu theatralischen Aufführungen zu verwenden. Wir glauben es nicht und nehmen deshalb eine Berichtigung gerne entgegen.

Aus Nr. 16 des Kuryer Poznański
vom 21. Januar 1894:

Kreisschulinspektor Hasemann.

(Verspäteter Nachruf.) Zur Ueberführung der Leiche des im Jahre 1816 geborenen und am 6. d. Mts. in Schmiegel verstorbenen emeritirten Lehrers Franz Wende erschien außer der Familie des Verstorbenen, bestehend aus drei Söhnen, die Lehrer in Krzyżownik, Hetmanik und Zegrowo, sowie zwei Enkel, die ebenfalls Lehrer in Magnuszewic und Rozdrażewo sind, eine Anzahl von einheimischen und auswärtigen Lehrern, welche nach erfolgter Ueberführung sich zu dem Kreisschulinspektor Hasemann begaben, um für sich und die anderen im Kreise angestellten Lehrer die Erlaubniß zur Theilnahme an dem am folgenden Tage stattfindenden Begräbniß auszuwirken. Herr Inspektor Hasemann war nicht so gnädig, die nachgesuchte Erlaubniß zu erteilen. Die Glocken verkündeten den Trauerzug, welcher fast aus der ganzen Einwohnerschaft der Stadt, ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität, und derjenigen von Zegrowo, woselbst der Verstorbene eine Reihe von Jahren lebte und wirkte, bestand, nur den hinter dem eisernen Gitter der Verfügung ihres Vorgesetzten gehaltenen Lehrern war es nicht gestattet, ihrem Amtsgenossen die letzte Ehre zu erweisen; es war ihnen nicht erlaubt, durch Absingen eines feierlichen Trauerliedes am Grabe ihres geliebten Freundes Abschied von ihm zu nehmen. Auf Grund dessen wurden Stimmen laut, daß im Falle des Ablebens des Herrn Inspektors Hasemann Niemand von den Lehrern an seinem Begräbniß sich betheiligen werde.

Der ehrwürdige Propst Weichmann, welcher den Dahingeshiedenen auf den Weg zur Ewigkeit vorbereitet hatte, schilderte in seiner Leichenrede das ver-

dienstvolle Leben desselben und indem er ihn einen Helden im schweren Kampfe nannte, hob er hervor, daß der Lehrerstand sich angesichts des immer mehr um sich greifenden Ungerechtigkeits oft zum Heroismus emporzuschwingen müsse. In der öffentlichen Anerkennung dieser Thatsache mögen die Amtsgenossen des Dahingeshiedenen einigermaßen eine Genugthuung finden.

Aus der Provinz Westpreußen.

Aus Nr. 10 der Gazeta Toruńska
vom 14. Januar 1894:

Aus dem Kreise Kulm, 12. Januar.

Seit jeher hatte ich die Absicht, die Aufmerksamkeit der Leser Ihres Blattes auf die in unserem Kreise entfaltete Thätigkeit der Ansiedelungskommission zu lenken. Ich zog es jedoch vor, die Eröffnung des preussischen Landtages abzuwarten, um durch Nachstehendes unsere geehrten Abgeordneten mit Material für die Berathung über den Etat der Ansiedelungskommission zu versehen.

Vor mehr als 20 Jahren erbaute der Besitzer von Plutowo eine protestantische Kirche, die lange Jahre dastand, ohne daß die Parochie, d. h. die protestantische Umgebung sie als Eigenthum übernahm, und zwar aus dem einfachen Grunde, um sich damit nicht zugleich die Baukosten aufzuladen. Ich muß hinzufügen, daß die Kirche an einem wenig entsprechenden Orte aufgeführt worden ist, nämlich in der Nähe der Niederung, deren protestantische Bewohner nach Rokosko eingepfarrt sind.

Im vergangenen Jahre wurde in Trzebczyk, eine Meile von Plutowo, eine neue evangelische Kirche gebaut. Wieder entstanden Schwierigkeiten betreffs Uebernahme des neuen Gotteshauses, da fast die Hälfte der in Betracht kommenden protestantischen Herren es ablehnte, aus dem bisherigen Kirchspiel auszuscheiden und mit dem neuen Gotteshause die Baulasten für Kirche, Pfarrhaus und sonstige Baulichkeiten zu übernehmen.

Da trat in wahrhaft verblüffend gütiger und großmüthiger Weise die Ansiedelungskommission ins Mittel. Sie erwarb in derselben Gegend das Gut Rijewo adelig. Der einstige, nunmehr leerstehende Herrensitz eignet sich vorzüglich zur Pfarrei und wird dem Geistlichen als solche überwiesen. Der Pfarrhof ist zwischen den beiden Kirchen Plutowo und Trzebczyk gelegen, und es fällt daher dem Pastor schwer, beide Kirchen zu besuchen. Doch auch dafür findet sich Rath und Abhilfe. Die Ansiedelungskommission geht in ihrer Freigebigkeit noch weiter, indem sie dem Geistlichen 30 Morgen Land zuweist, damit er sich Pferde halten kann, erbaut neue Stallungen und überläßt dem Geistlichen außerdem noch einen geräumigen Garten. Ferner errichtet die Ansiedelungskommission in der Wohnung des Pfarrers einen Saal für den Konfirmandenunterricht her und versieht denselben mit den erforderlichen Geräthen.

So steht also die neugeschaffene, aus dem Hundertmillionen-Fonds reichlich bedachte protestantische Parochie Plutowo-Trzebczyk mit einem Male auf festen Füßen und das mit Hilfe eines Fonds, der von dem ganzen Staate und der gesammten Bevölkerung aufgebracht worden ist und nunmehr nur einseitigen Zwecken dient. Tritt hier nicht die Aufgabe der Ansiedelungskommission deutlich zu Tage, und wie sie kein Mittel unversucht läßt, um zum Ziele zu gelangen? Nicht wahr, die Aufgabe dieser Kommission ist doch, den Grund und Boden unter einzelne Kolonisten zu vertheilen und nicht, großartige Geschenke an Gehöften, Grund und Gärten zu machen, um den Protestantismus auszubreiten?

Werden denn irgend wo anders in Preußen so reiche Schenkungen zu Gunsten der katholischen Kirche

und katholischer Gemeinden vertheilt? Und doch giebt es so arme Gemeinden, die den sauer erworbenen Groschen als kirchliche Abgabe aufwenden müssen. Dagegen gehört die Parochie Plutowo-Trzebczyk zu den begütertesten, da innerhalb derselben prinzliche und adlige Güter, sowie königliche Domänen gelegen sind, um nur folgende zu nennen: Stablowice, Baggart, Goloty, Szemborno, Plutowo, Unisław, Grzybno, Bajerze, Napole, Rosowizna, Zegartowice, Rjemo, Trzebcz, Trebisfelde und viele andere. Alle diese Güter sind mit Ausnahme des vorletzten im Besitze von Protestanten. Ich glaube, daß es bei uns keine so wohlhabende katholische Parochie giebt. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, daß der Pastor „Vertrauensmann“ der Kolonisten sein solle. Ist nicht jeder katholische Geistliche ebenfalls der „Vertrauensmann“ seiner Parochianen? Ich rathe also allen Pröpsten, die deutsche Parochien haben, sich schleunigst an die Ansiedelungskommission um Gewährung von ebenso reichlichen Unterstützungen und Geschenken zu wenden. Den Erfolg, an dem ich zweifle, wollen wir abwarten, und ich bitte im Namen der Allgemeinheit, von diesem Erfolge schnellstens den Lesern dieses Blattes Kenntniß geben zu wollen.

Aus Nr. 9 der Gazeta Gdańska
vom 23. Januar 1894:

Die Volksversammlung,

welche am 16. d. M. in Sachen des russischen Handelsvertrages in Neustadt Westpr., abgehalten wurde, faßte folgende Resolution, welche der polnischen Reichstagsfraktion unterbreitet werden soll:

„Die am 16. Januar 1894 in Neustadt, Kreis Löbau versammelten Wähler dieses Kreises, Landleute und Gewerbetreibende in Zahl von mehr als 200 Personen, bitten die polnische Fraktion einmütig, daß dieselbe in Rücksicht

- 1) auf die niedrigen Roggen- und Weizenpreise, die kaum die Produktionskosten decken,
- 2) auf den immer stärker hervortretenden Mangel an Arbeitern, welche letzterem während des Sommers in die Fremde ziehen und nicht am Orte zu halten sind,
- 3) auf die Gefindelöhne, die von Jahr zu Jahr sich steigern und gegenwärtig eine ungewöhnliche Höhe erreicht haben,
- 4) auf die Schuldenlast, deren Zinsen häufig durch neu aufgenommene Schulden gedeckt werden müssen, wozu noch die hohen Abgaben treten,
- 5) auf den Mißwachs der letztverfloßenen Jahre,
- 6) auf den Verfall des Kleingewerbes, das an der selbst nothleidenden Landwirthschaft keine Stütze findet,

in keine Ermäßigung der Getreidezölle, wie sie der russische Handelsvertrag in sich schließt, willigen wolle. Gleichzeitig fügen wir die Bitte hinzu, für die Aufhebung des Identitätsnachweises einzutreten, der nach unserer Ansicht den Handel erschwert und hemmt und dadurch zum Theil den Preisrückgang hervorruft.

Aus Nr. 10 der Gazeta Toruńska
vom 14. Januar 1894:

Die Beleuchtung der Absicht der Regierung, den polnischen Sprachunterricht wieder in den Schulen einzuführen, wie sie von den „Berliner Politischen Nachrichten“ neulich gebracht wurde, wird von der Gazeta Toruńska mit folgender Bemerkung aufgenommen:

„Das Austausch einer derartigen Erläuterung gerade in diesem Blatte und zu einer Zeit, wo der

Reichstag seine so weitverzweigte Thätigkeit entfaltet und die Eröffnung des preussischen Landtags bevorsteht, hat ohne Zweifel seine Bedeutung, die zu erörtern für diesmal nicht erforderlich scheint.

Die Beschränkung des bisher noch nicht völlig durchberathenen Planes der Regierung auf Posen haben wir bereits mehrfach gekennzeichnet. Wir wissen sehr wohl, daß das, was in dem angeführten Berliner Blatte „Zugeständniß“ genannt wird und was nur „Gerechtigkeit“ genannt werden müßte, uns nur ungerne und brockenweise zugetheilt wird.

Die Verfügung des Ministers Jędrzejewski bezüglich der Gestattung des polnischen Privatunterrichts wurde aber damit begründet, daß die Posener Geistlichkeit dieses Zugeständniß im Interesse des Religionsunterrichts fordere. Wenn dieser zuletzt angeführte Umstand also die Veranlassung des Zugeständnisses war, so ist damit der Beweis dafür erbracht, daß im Großherzogthum lediglich geistlicherseits obige Forderung gestellt worden ist.

Daß die polnische Jugend in anderen Provinzen nicht dasselbe Bedürfnis habe, wie die Posener, diese Annahme ist völlig ungerechtfertigt und durch nichts begründet. Das ist geradezu ein Nonsens, den zu widerlegen sich nicht verlohnt. Den moralischen Sinn möge Jedermann sich selbst hinzufügen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 8 des Katholik
vom 18. Januar 1894:

Betrifft der Landtagswahlen.

Der „polnische König“, dies war das Schreckenswort, mit welchem Manche die Volksbewegung unter der Beuthener Bevölkerung unterdrücken wollten und das „Königreich Polen“ soll im Kreise Neustadt O. S. das Schreckbild für die polnischen Bauern bilden, damit sie nicht für p. Strzoda stimmen. Des Ausdrucks: „das Königreich Polen“ bedienten sich in N. Raglawitz der Geistliche Franke und der Lehrer Reiß. Dieselben behaupteten in der Versammlung, daß Herr Strzoda ein Pole sei und die Polen immer von einer Wiedererstehung Polens träumten; Herr Strzoda sei daher für die deutsche Partei kein entsprechender Abgeordneter. Der Berichterstatter, welcher uns dies mittheilt, fügt seinerseits hinzu: „Jene Herren müssen von Herrn Strzoda einen großen Begriff haben, wenn sie behaupten, er werde, sobald er Abgeordneter sei, sofort das Königreich Polen wiederherstellen — in Berlin! — Wenn derselbe so stark ist, so muß man ihn wählen, jedoch nicht zwecks Wiederherstellung Polens, sondern um die Liberalen in Schranken zu halten, falls dieselben den Katholiken Gewalt anthun wollten. Der Katholik bedauert lebhaft, daß aus dem Munde eines katholischen Priesters Worte des Vorwurfs gegen die Polen gefallen sind, welche Bismarck erfunden hat und welche von den Liberalen fortwährend wiederholt werden. Herr Strzoda, sowie alle schlesischen Polen sind ebenso treue Unterthanen Sr. Majestät, wie die Herren Franke und Reiß, aber unsere Nationalrechte werden wir verteidigen, nicht zur Wiederherstellung Polens, sondern auf Grund des natürlichen göttlichen Rechts und in den Grenzen der Verfassung. Mögen die Wähler durch das „Königreich Polen“ sich nicht beirren lassen, denn hier handelt es sich nicht um ein Königreich, sondern um einen guten Abgeordneten.

Aus Nr. 4 der Gazeta Opolska
vom 12. Januar 1894:

Verein der Schlesier.

Der Kurjer Poznanski schreibt: Der Verein der Schlesier, welcher für die in Posen zahlreich wohnenden schlesischen Familien gegründet worden ist, hielt im Zoologischen Garten sein erstes Stiftungsfest ab. Vorträge und Gesangsaufführungen wechselten mit Musikstücken und Tanz ab, Toaste wurden auf das liebe Schlesien ausgebracht u. s. w. Man unterhielt sich ausgezeichnet. Dies Alles verdient Anerkennung und Lob, denn weshalb sollten sich nicht bei uns verschiedene Landsleute mit ihren eingeladenen Gästen vergnügt die Zeit vertreiben. Wir fragen jedoch, welchen Lärm würden die deutschen Blätter schlagen, wenn die polnischen „Posener“ in Beuthen oder in Ratibor einen polnisch-posnerischen Verein gründen, Feste feiern und obererschlesische Gäste einladen wollten. Das wäre natürlich eine „großpolnische Agitation! Vortrefflich!

Aus Nr. 4 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 23. Januar 1894:

Beschwerden der Bergarbeiter.

Schlemianowiz.

Wir wenden uns an die Regierung und an die Abgeordneten mit der Bitte, die Alters- und Unfallversicherungskasse aufzuheben, da die Arbeiter durch dieselbe viel Schaden haben. Die eine Unfallrente beziehenden Invaliden müssen dieselbe ihrem Herrn abgeben. Wer dies nicht thut, dem wird sie abgezogen. Die Regierung behauptet, die Kasse sei für die Arbeiter eine Erleichterung, doch es ist nicht wahr, denn man hat nur Mühe und Sorgen und keinen Nutzen davon. Möge doch die Redaktion den Abgeordneten unsere Sakungen hinschicken. Wer in Michalkowiz wohnt, der muß sich die Rente von der Post in Gr. Dombrowken holen, das ist auch eine Plage. Wir zahlen an die Invalidenkasse 3 Mark 35 Pf., an die Alters- und Unfallversicherungskasse 75 Pf., an die Krankenkasse 1 Mark 40 Pf. Niemand fragt uns aber, wieviel wir verdienen und ob wir so viel zahlen können. Der Verdienst ist gering; wenn man die Kassenbeiträge und andere Abgaben bezahlt hat, kan man menschlich nicht mehr leben, sich die Nahrung eines guten Pferdes nicht mehr verschaffen.

Aus Oberschlesien.

Unser Bergarbeiterstand ist ein sehr schwerer, wo wir nur hinblicken, überall begegnen wir Klagen, Beschwerden und Unzufriedenheit mit der Arbeit. Es kommt uns so vor, als ob wir uns unter den Sklaven in Afrika befänden. Unsere Arbeitgeber sind meist Katholiken, viele derselben benehmen sich jedoch so, als wenn sie Afrikaner wären.

Zwei oder drei Jahre nach der Arbeitseinstellung wurde unser Verdienst etwas aufgebeßert und die Arbeitsdauer verkürzt, doch jetzt ist uns der Arbeitsverdienst wieder geschmälert und die Arbeitsstunden sind vermehrt worden; nicht genug, daß wir 12 Stunden arbeiten, so will man jetzt sogar eine 14stündige Arbeitsdauer einführen. Die Herren schließen jetzt mit uns solche Verträge ab, daß wir nichts verdienen können, verlangt aber ein Arbeiter eine Aufbesserung, so wird ihm geantwortet: „Arbeitet nur, so werdet Ihr schon verdienen.“ Und doch arbeitet schon Jeder, soweit seine Kräfte reichen. Ein Beweis dafür ist der, daß jetzt Viele von uns in den besten Jahren an Rheumatismus leiden. Wer hat vor 15 Jahren von einer solchen Krankheit gehört, über die sich jetzt fast Jeder beklagt. Sehen wir uns doch die jungen Leute an, sehen sie nicht wie Gerippe aus? Wie kann aber auch ein Mensch gut aussehen, welche ist seine tägliche Nahrung? Früh etwas Kaffee und ein Stückchen Brod auf den ganzen Tag und dazu noch schlechte Luft und Gestank. Abends gegen 7 oder 8 Uhr kann man sich etwas stärken. Als sich die Nachricht von der Heeresvermehrung verbreitete, dachte ich mir so: wen werden sie jetzt zu den Soldaten ausheben, die jungen Arbeiter sehen alle schlecht aus, sind von kleiner Gestalt und schwach, wie soll ein solcher Mann den Marsch aushalten? Zunächst wenden wir uns an unsere Arbeitgeber mit der Bitte, die Arbeitsdauer zu verkürzen und den Verdienst aufzubessern. Bleibt unsere Bitte erfolglos, so werden wir uns an Se. Majestät den Kaiser oder an den Minister für öffentliche Arbeiten oder auch an unsere Abgeordneten wenden, damit dieselben erfahren, wie die Lage der obererschlesischen Arbeiter ist. Wenn ich Alles beschreiben wollte, würde mir die Hand vom Schreiben erlahmen.

Die Redaktion der Praca giebt den Arbeitern den Rath, sich fortwährend mit ihren Beschwerden und Wünschen an den Oberberggrath in Breslau, an den Minister und an die Abgeordneten, sowie an die Zeitungen in ruhigem und bescheidenem Tone schriftlich zu wenden. Sie sollen genau angeben, wo, wann und was geschehen ist und die Namen der Beamten und der Zeugen anführen.

Redigirt von Zacher, Polizeirath.

Königlicher Polizei-Präsident
von Nathusius.

